

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
von der Frauen- und Jugendabteilung einschließl. Druckerlohn monatlich 80 Pf.
Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Einfuhrbezugsgebiete M. 5.— Frachtt. tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, U. Tel. 3465.
Sprechstunde am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der Originalgröße entsprechend am 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind am
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Montag den 23. Januar 1911.

22. Jahrg.

Wahlrechtskampf und Wahlkampf.

In vielen hundert Versammlungen hat das arbeitende Volk Preußens am Sonntag seinen Aufmarsch zum Wahlrechtskampf vollzogen. Es hat bewiesen, daß der Geist noch lebt, der in den gewaltigen Demonstrationen der vergangenen Jahre sich so stürmisch entladen hat, und es hat zugleich auch gezeigt, daß ihm das Verständnis für die Notwendigkeiten der politischen Situation und der Sinn für Ordnung und Disziplin im Frieden und Blut übergegangen sind.

Der mühselhaft ruhige Verlauf, den die Wahlrechtsverhandlungen des letzten Sonntags, trotz des gewaltigen Jubelstimmens und der erregten Stimmung, genommen haben, wird einem Teil der bürgerlichen Presse Anlaß geben, sie nach streifen loszudrängen. Für die Wortführer der konservativen und der Zentrumspartei dürfen ja die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen überhaupt nicht existieren. Höchstens wenn irgendwo und wann die Polizei Gelegenheit sucht, durch ihr Eingreifen die Ordnung zu wahren, nimmt man den Demonstrationen einen Artikel, in dem über die unsittlerische Sozialdemokratie weidlich geschimpft wird. Wendet aber die Sozialdemokratie eine Forderung an, die durch zeitweilige Nichtausübung bestimmter staatsbürgerlicher Rechte, wie des Rechts auf die Straße, der Polizei überhaupt unmöglich macht, sich neue Orden zu verschaffen, dann sucht man ihre Veranstaltungen totzuschweigen oder zu verächtlichen. Und wie könnte auch die wahlrechtsdemokratische Presse anders verfahren: sie muß sich an die Lüge klammern, weil sie die Wahrheit nicht vertragen kann! Kennenlich die Zentrumspresse wird es ihren Lesern niemals verzeihen können, mit welcher unermüdbaren Energie sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei für ein Ziel einsetzt, das zwar auf dem Programm des Zentrums steht, aber von dem Zentrum abgeordnet im Landtag den Jansenjude in der schändlichsten Weise preisgegeben worden ist.

Die Kreuzzeitung phantasiert in einem Artikel von der „schändlichen Unterdrückung“, die die Sozialdemokratie in dem Wahlrechtskampf angeblich von der Fortschrittlichen Volkspartei zu erwarten hat. Wir haben von einer solchen Unterdrückung bisher zu unserem lebhaften Bedauern wenig bemerkt. Man braucht nur zu beachten, wie geschäftig sich gewisse führende fortschrittliche Blätter zur Wahlrechtsfrage stellen und wie auch sie über die sozialdemokratische Aktion hinwegzusehen trachten, um den Wert der fortschrittlichen Unterdrückung recht bescheiden einzuschätzen. Kennenlich, auch die Fortschrittspresse darf ihren Lesern nicht lägen, daß die Sozialdemokratie heute im Kampf um den wahlrechtlichen politischen Fortschritt das einzige tatkräftige Element ist.

Von einer Unterdrückung des sozialdemokratischen Wahlrechtskampfes durch das Zentrum weiß aber selbst die Kreuzzeitung nichts zu erzählen. Obwohl erst neulich wieder die Germania und andere Zentrumblätter einen Wadenstichenschein gegeben haben, daß sie nach wie vor unermüdbare Anstrengungen machen, um die Wahlrechtsfrage für Preußen zu lösen, so ist die Wahlrechtsfrage der schwarzen Hochbrüder doch vollkommen sicher. Die Kreuzzeitung nimmt nicht Anstoß an dem Wahlrechtskampf des Zentrums, da ihr die reaktionäre Herzogentumung des Zentrums nur zu gut bekannt ist. Das Zentrum hat auch nicht im Traum daran, die ein und einviertel Millionen Wähler, über die es bei den letzten Reichstagswahlen noch verfügt hat, zum Wahlrechtskampf mobil zu machen. Das ist ja ungefähr so viel wie die Soldaten gegen die Offiziere auszuheben.

Durch die Versammlungen vom Sonntag ist abermals bewiesen worden, daß die Sozialdemokratie nicht nur den Wahlrechtskampf führt, sondern auch, daß sie ihn allein führt. Und an dieser Tatsache wird in den schärferen und härteren entzündenden Kämpfen in den nächsten Wahlrechtskämpfen nicht zu zweifeln sein. Der preussische Wahlrechtskampf muß so den sozialdemokratischen Wahlkampf werden, dieser Wahlkampf muß aber wiederum zu einem Wahlrechtskampf vorbereiten helfen. Alle Wahrscheinlichkeit ist, daß nach den Reichstagswahlen von 1911 und vor dem bevorstehenden Landtagswahltag von 1913 ein Entscheidungskampf zwischen den Parteien nicht hat. Der letzte Reichstagswahlkampf gerüstet bleibt für kommende Tage!

Zur Wiederaufnahme des Essener Meineidsprozesses.

I.
Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:
Am Montag den 20. Januar beginnt vor dem Essener Appellationsgericht nun endlich die mehrfach vertagte Verhandlung im Wiederaufnahmeverfahren des berühmten Meineidsprozesses gegen Schröder und Genossen. Dem wird ein Justizdrama von neuem aufgeführt, das — wenn dem Dresdner Buchhausprozess vom Februar 1899 — wohl das schwärzeste Blatt bildet in der an schwarzen

Blättern wahrlich nicht armen Geschichte der deutschen Klassenjustiz. Die außerordentliche Bedeutung, die jenem Essener Meineidsprozess in der Geschichte der Klassenkämpfe unserer Tage, in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zukommt, rechtfertigt es, an dieser Stelle schon vor dem Beginn der Wiederaufnahmeverhandlungen den Lesern die Vorgänge ins Gedächtnis zurückzurufen, die zu jenem Prozesse führten, die Leser in die politischen und sozialen Kämpfe jener bewegten Tage zurückzuführen. Besonders den jüngeren Genossen, die den Essener Meineidsprozess von 1895 noch nicht mit politischem Bewußtsein miterlebt haben, wird eine kurze Einführung das Verständnis der Verhandlungsberichte, die in den nächsten Tagen die Spalten der Presse füllen werden, wesentlich erleichtern.

Im deutschen Reich war der Kurs des Zuberbrots, der den sozialdemokratischen Parteiführern anfangs der neunziger Jahre abgelöst hatte, elend zusammengebrochen. Die Arbeiter waren nicht einmütig genug gewesen, um des Linkengerichts von allerlei sozialreformistischen Scheinoptionen willen das Erstgeburtsrecht ihrer selbständigen Klassenbewegung aufzugeben und so waren denn auf die Ära der „Verförmung“ gefolgt — die Tage der Umsturzwut, die mit der Arbeiterbewegung zugleich auch die freie Wissenschaft, die unabhängige Forschung in der schamlosesten Weise knebeln wollte. War schließlich auch der Vogen dieses Anbelungsgeheles zerfallen an der allzu straffen Spannung, die die Finsternisse vom Zentrum verurteilt hatten, war die Vorlage selbst schließlich auch, im Frühjahr 1895, im Reichstage geplatzt, so beherrschte ihr Geist doch völlig die innere Politik der Regierung, die Praxis der Polizei, die Tätigkeit der Gerichte. Das waren die Tage, in denen zum Beispiel in Sachen die Aufstellungen nicht nur von politischen Vereinen, sondern auch von Gewerkschaften, von allerlei Komitees — ja sogar von bloßen Vertrauensmännern an der Tagesordnung waren, die Tage, an denen eine Wortentscheidung, ein Redeverbot, eine Verurteilung, eine Verhaftung der anderen folgte, so deren fast täglich von Konfessionen von Zeitungen und Flugblättern, von Hausbesuchen und ähnlichen Dingen berichtet wurde. Und wie in Sachen Herr v. Meißner, so wütete in Preußen der Polizeiminister von Müller — bekannt geworden vor allem durch den famosen Koller-Coup, die auch in das Jahr 1875 fallende Auflösung der ganzen sozialdemokratischen Parteiorganisation Deutschlands.

Wie das politische Barometer in jenen Tagen stand, bewies die berühmte Rede des Kaisers Wilhelm II., in der er die deutschen Sozialdemokraten als „eine Horde von Meinden“ bezeichnete, „nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, und in der er an die Garben appellierte, unter Umständen „einen Kampf zu führen, der uns breitet von solchen Elementen“. Dieser Rede folgte der sogenannte Septemberkurs, eine wilde Dichtung schändlichster Majestätsbeleidigungsprozesse; gar manches Jahr Gefängnis wurde damals sozialdemokratischen Redakteuren und Journalisten für ganz harmlose Äußerungen, an deren strafrechtliche Verfolgung heute niemand mehr denkt...

Das war — in wenigen ganz groben Strichen — die allgemeine politische Situation, aus der auch der Essener Meineidsprozess erwuchs. Im aber diesen Prozess in seiner ganzen Tragweite zu verstehen, muß man bedenken, daß das Ruhrrevier auch damals schon jenes Gebiet Deutschlands war, in dem — trotz Sachsen — die Klassen-gegenstände zwischen Bourgeoisie und Proletariat am unvermitteltesten, am heftigsten aufeinanderprallten. Ein nach Hunderttausenden zählendes, fern von allen modernen Kulturleben gehaltenes, rückwärts ausgedehntes Proletariat stand da einer Handvoll Großkapitalisten gegenüber, deren Reichtum schnell ins Ungemessene wuchs. Im Verlaufe weniger Jahrzehnte waren da Großstädte entstanden, deren treibhausartiges Wachstum durchaus an amerikanische Verhältnisse erinnerte — Arbeiterstädte vom reinen Typ — aber in damaliger Zeit fast noch ohne Arbeiterbewegung. Gewiß hatte es schon seit den sechziger Jahren im Ruhrrevier nicht bloß vereinzelte Sozialisten gegeben — wir nennen nur den alten Lötke von Dortmund! —, sondern auch sozialistische Gruppen, von einer Bewegung aber, die auch nur einigermaßen dem kolossalen Proletariat entprochen hätte, das da auf engem Raume zusammengedrängt hauste, war keine Rede. Bis tief in die achtziger Jahre hinein waren diese Arbeitermassen teils völlig willenlose Sklaven des nationalliberalen Unternehmertums, teils standen sie ganz und gar im Banne des Merkantilismus, dessen Anhängerischen Bismarcks gloriose „Kulturkampf“ im Zentrum zu einer ebenso stark organisierten wie fanatischen politischen Partei zusammengeschweißt hatte. Diesem „Kulturkampf“, der in seinen äußeren Formen ebenso brutal und kleinlich-gelächlig, wie im Kern der Sache selbst zaghaft und schwächlich war — diesem „Kulturkampf“ war es zu danken gewesen, daß besonders im Ruhrreviere für lange Zeit die religiöse Ideologie völlig den Sieg davongetragen hatte über die realen Klassen-gegenstände, daß katholische Arbeiter gemeinsam mit ihren katholischen Ausbeutern (die an Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung allerdings den evangelisch-nationalliberalen Ausbeutern weit nachstanden), gemeinsam auch mit Kleinbürgern, Bauern, Großgrundbesitzern sich zu einer politischen Partei zusammengeschlossen hatten. So war es gekommen, daß die sozialistische Bewegung, die im Ruhrrevier in den sechziger Jahren bis und da manchmal gar nicht so lässig Anlauf genommen hatte, in den achtziger Jahren

— im Gegensatz zu Nord- und Mitteldeutschland — fast völlig zum Stehen kam, ja in den beiden Rheinwäldern Essen und Bochum so gut wie ganz verdrängte; in jenem wurde 1881, in diesem 1881 und 1884 auch nicht eine einzige sozialistische Stimme abgegeben, nur im Dortmundreviere zählte man während des Ausnahmegerichtes stets sozialistische Stimmen, wenn auch in verhältnismäßig sehr geringer Zahl.

Erst der große Vergarbeiterstreik von 1890 brachte Bewegung in diese stummen Arbeitermassen: nun setzt zwar noch nicht unter den Hüttenleuten, wohl aber unter der Vergarbeiterchaft, eine intensive freigewerkschaftliche Bewegung ein und die Zahlen der sozialdemokratischen Reichstagswähler stiegen auf Zehntausende in die Höhe; 1893 hatte Dortmund über 17.000, Bochum fast 20.000 und Essen nahezu 6000 rote Wahlstimmen.

Dieses ebenso überraschende wie rapide Wachstum der modernen Arbeiterbewegung im Ruhrreviere erfüllte deren beide Hauptgegner mit ungeheuren Schrecken, und man verachtete alles, der roten Hochflut wirrliche Dämme entgegenzusetzen: das Zentrum gründete 1894 den „Gewerksverein christlicher Vergarbeiter“, um dem „alten“ (fünf Jahre alten!) Verbande den Wind aus den Segeln zu nehmen, und inaugurierte damit die sogenannte christliche Gewerkschaftsbewegung — aber die Nationalliberalen riefen, wie immer, wenn ihnen das Wasser bis an den Hals geht, nach Polizei und Justiz! Und dies edle Brüderpaar tat denn auch — das muß der Reich ihm lassen — sein Möglichstes! Wir sprachen vorher von der schändlichen Polizei- und Justizpraxis in der Mitte der neunziger Jahre. Sie war gewiß arg; aber noch ärger war die Polizei- und Justizpraxis zu jener Zeit im Ruhrreviere. Verhaftungen sämtlicher Führer von Streiks, Verhaftungen nicht nur der Redakteure, sondern auch aller Schriftsteller der Parteiblätter waren damals im Ruhrreviere nichts Seltenes, die Drangsalierung aller Wirte, die ihre Säle der Arbeiterpartei zur Verfügung stellten, wurde kaum in Ostpreußen in solcher Virtuosität entwickelt wie im Ruhrreviere, fast stets wurde für die Tage, an denen Versammlungen stattfanden, über die Lokale die „Schankverbot“ verhängt, d. h. den Wirten wurde, um sie wirtschaftlich zu schädigen, der Ausschank von Getränken untersagt. Vergütungen der organisierten Arbeiterpartei wurden grundsätzlich von vornherein verboten, ebenso, im trassen Widerspruch zum ehemaligen preussischen Vereinsgesetz, zahllose Versammlungen, „um eine unnötige Erregung der Bevölkerung zu verhüten“ usw. usw.

Diese Zustände, dieser ständige Kleinrieg hatten naturgemäß eine überaus gespannte Atmosphäre geschaffen; und nur aus einer so gespannten Atmosphäre konnte sich ein Justizgewitter wie das des Essener Meineidsprozesses anlösen. Der Blitzschlag dieses Prozesses sollte nach dem Wunsch der hinter seinen Kulissen arbeitenden Drahtzieher einmal dem eben gegründeten Gewerksverein christlicher Vergarbeiter ein für allemal die lästige Konkurrenz des „alten“ Verbandes vom Halbe schaffen und so dem Zentrum dienen, er sollte zugleich aber auch für das nationalliberale Unternehmertum die idyllischen Zustände der Zeit vor 1890 zurückbringen. Auf alle Fälle sollte er die madozoll emporschiebende, innerlich aber noch keineswegs genügend konsolidierte Arbeiterbewegung des Ruhrreviers in ihrem Lebensmarke treffen: in diesen stromen Wünsche fanden sich zum ersten Male die alten Gegner aus der Kulturkampfzeit — Zentrum und Nationalliberalen. Und die beiden führenden Organe dieser Parteien im westlichen Industriebezirk, die zentrumistische Germania in Dortmund und die großkapitalistisch-nationalliberale Rhein-Westf. Ztg. in Essen, waren es denn auch, die sich — bezeichnend genug — im Gegensatz zu fast der gesamten Presse des Reiches nach jahrzehntelanger Todfeindschaft in einer Verherrlichung der Essener Justizaktion und des Essener Robortereils zum ersten Male zusammenschlossen. Früher als bei den Arbeitern hatte bei den Besitzenden die Gemeinamkeit des Klasseninteresses die trottmenden Spinnweben der religiösen Ideologie zerrissen.

Simplizismus-Stimmung.

Die „Freien Studentenvereine“ der Münchener Universität und der Technischen Hochschule veranstalteten eine Fahrt zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches. Der Professor der Geschichte Dr. Siegmund Heilmann erklärte in seiner Redensprache die Frage, was die Reichsgründung dem deutschen Volke gebracht habe, in einer so einfachen Weise, wie es bei derartigen Gelegenheiten kaum je zu geschehen pflegt. Der Redner wies auf das Gefühl des Unbehagens und der Unzufriedenheit hin, das die Nation trotz aller äußeren Glanzes beherrschte. Man wurde nicht zu Unrecht den Grund hierfür in gewissen Minderheiten im Innern und nach außen, in dem Mangel an Stetigkeit und Sachlichkeit, mit der das Reich, dessen leitende Männer ständig wechselten, geführt wurde. Die Freiheit, die der alte Reich behungen, könne man nicht mehr nennen, ohne zu erwidern: „Wir Deutschen, ihr der Redner fort, sind unfrei, weil uns die innere Freiheit und die freie Achtung vor der menschlichen Würde fehlt. Diese Ermahnung finden wir in den letzten Sätzen unserer Verfassung, die oft das steuernachte Verständnis für das Menschliche vermissen lassen in der Hebung des Beamten, der sich nicht als ein Diener, sondern als den Herrn des Staates fühlt und den als Untergebenen betrachtet, der seine Dienste in Anspruch nimmt; wir finden sie wieder in der Gewalttätigkeit und Unbuddsam-